Niederschrift Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungsort:	Beratungsraum 1a/b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock
Ende:	20:00 Uhr
Beginn:	17:00 Uhr
Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.02.2021

Anwesend

<u>Vorsitz</u> Anke Knitter	SPD	
reguläre Mitglieder Iris Drenkhahn Mathias Krack Silvia Schlage Eric Adelsberger Dr. Carsten Penzlin Dr. Helmut Schmidt Helmut Mahrt Jürgen Dudek	AfD (fraktionslos) CDU/UFR BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE.PARTEI DIE LINKE.PARTEI CDU/UFR SPD Rostocker Bund	
<u>beteiligte Ortsbeiräte</u> Kurt Massenthe Abwesend	CDU/UFR	
reguläre Mitglieder Sören Grümmer Torsten Gebert Verwaltung:	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN FDP	entschuldigt entschuldigt
Claus Ruhe Madsen Ralph Müller Ralph Maronde Gunnar Abend Matthias Fromm	Oberbürgermeister Amt für Stadtentwicklung Wirtschaft Amt für Stadtentwicklung Wirtschaft Hafen- und Seemannsam Eigenbetrieb Tourismusz	, Stadtplanung und t

Stefan Krause

Gäste:

Stefan Wiedmer Andrea Obst Willi Millahn

Jens Rademacher Heiko Wenzel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.11.2020
- 4 Anträge
- 4.1 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und CDU/UFR Prüfauftrag Anbindung Stadthafen
- 4.1.1 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion) Prüfauftrag Anbindung Stadthafen
- 4.1.2 Andrea Krönert (für den Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung) Prüfauftrag Anbindung Stadthafen
- 4.1.3 Prüfauftrag Anbindung Stadthafen
- 4.2 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP) Park-and-Ride-Konzept in den ÖPNV integrieren
- 4.2.1 Park-and-Ride-Konzept in den ÖPNV integrieren
- 4.3 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Teilnahme am Förderprogramm "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV"
- 4.3.1 Teilnahme am Förderprogramm "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV"

Warnemünde Amt für Mobilität

GF Verkehrsverbund Warnow WIRO GmbH Architekt, Bürogemeinschaft Stadt- und Dorfplanung BI Ballastweg Gehlsdorf BI Ballastweg Gehlsdorf

> 2020/AN/1698 geändert beschlossen

2020/AN/1698-04 (ÄA) abgelehnt

2020/AN/1698-05 (ÄA) ungeändert beschlossen

2020/AN/1698-01 (SN) zur Kenntnis gegeben 2020/AN/1759 abgelehnt

2020/AN/1759-01 (SN) zur Kenntnis gegeben 2021/AN/1909 ungeändert beschlossen

2021/AN/1909-01 (SN) zur Kenntnis gegeben

4.4	Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion) Außengastronomie	2021/AN/1983 ungeändert beschlossen
4.5	Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuhof, Jürgenshof)	2021/AN/1859 Abstimmung entfallen
	Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann	
4.5.1	Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (für die Fraktion der SPD) Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann	2021/AN/1859-02 (ÄA) Abstimmung entfallen
4.5.2	Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann	2021/AN/1859-01 (SN) zur Kenntnis gegeben
4.6	Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund) Naherholungs- und Tourismusgebiet Schnatermann	2021/AN/2011 abgelehnt
4.7	Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion) ROSTOCK GUTSCHEIN entwickeln	2021/AN/1956 ungeändert beschlossen
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Bebauungsplan Nr. 15.WA.202 für das Wohngebiet "Ballastweg" Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	2020/BV/1816 ungeändert beschlossen
5.2	Bebauungsplan Nr. 01.SO.195 Sondergebiet "Rohrmannsche Koppel", Aufstellungs-, Abwägungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	2021/BV/1851 ungeändert beschlossen
5.3	Provisorium zur Aufrechterhaltung der Fahrgastschifffahrt am Hafen "Schnatermann"	2021/BV/1994 ungeändert beschlossen
6	Informationsvorlagen	
6.1	Sperrung - Hafen Naherholungsgebiet Schnatermann	2020/IV/1797 zur Kenntnis gegeben
6.2	Verbesserung der ÖPNV-Anbindung an den Seehafen Rostock	2021/IV/1852 zur Kenntnis gegeben
6.3	Schaffung einer koordinierenden Struktur für die Regiopolregion Rostock – Sachstand zum Beschluss Nr. 2019/AN/0441	2021/IV/1910 zur Kenntnis gegeben
7	Verschiedenes	
7.1	Informationen zu einer möglichen Testöffnung	

- 7.2 Herbeiführung eines Mehrheitsbeschlusses zur Durchführung künftiger Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus während der SARS-CoV-2-Pandemie analog des Beschlusses der Bürgerschaft Nr. 2021/DA/1873 vom 20.01.2021
- 7.2.1 Hybridsitzung
- 7.2.2 Präsenzsitzung
- 7.2.3 Videokonferenz
- 8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Verschiedenes
- 9.1 Informationen des Amts für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
- 9.2 Informationen der Ausschussvorsitzenden

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Knitter (SPD) eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung. Mit Datum vom 17.02.2021 ist den Mitgliedern des Ausschusses die Einladung/Tagesordnung zugegangen. Weiterhin erfolgte die öffentliche Bekanntmachung ab 17.02.2021 durch Aushang im Schaukasten am Rathaus und in den Ortsämtern. Frau Knitter (SPD) stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss um 17.00 Uhr mit 9 Mitgliedern beschlussfähig ist.

2 Änderung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderung zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.11.2020

Zur Niederschrift vom 25.11.2020 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift vom 25.11.2020 wird genehmigt.

4 Anträge

4.1 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PAR-TEI und CDU/UFR

Prüfauftrag Anbindung Stadthafen

Die Behandlung des Antrages erfolgt im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag (2020/AN/1698-04 (ÄA)).

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zur besseren Anbindung des Stadthafens an die Stadtmitte und die KTV für Fußgänger und für den Radverkehr zu prüfen. Dabei ist der Bereich von der Grubenstraße bis zum Kabutzenhof zu berücksichtigen. Die betroffenen Ortsbeiräte sind in den Prüfprozess einzubeziehen.

Das Prüfergebnis ist der Bürgerschaft spätestens zu ihrer Sitzung im August 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2020/AN/1698 einschließlich der Abstimmung zum Änderungsantrag 2020/AN/1698-05):

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	4
Dagegen:	2
Enthaltungen:	3

Angenommen	X
Abgelehnt	

4.1.1 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)

2020/AN/1698-04 (ÄA)

Prüfauftrag Anbindung Stadthafen

Herr Dr. Schmidt (CDU/UFR) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Mehr Ampeln sind in diesem Abschnitt der L22 nicht zuträglich. Der Antrag ist eine Chance, dass Thema Brücke erneut aufzugreifen.

Herr Krause (Amt für Mobilität) erläutert, dass die Anbindung zahlreiche Untersuchungen erfahren hat. Tatsache ist, dass es 7 Querungen und 2 Bereiche mit einem Abstand von 600 m gibt, die durch Fußgänger nicht überquert werden können. Im MOPZ sind zwei zusätzliche Querungsstellen festgeschrieben. Jeglicher Wunsch nach weiteren Querungen wird darüber hinaus den Verkehrsfluss der L22 stören. Die Verwaltung ist mit der Entscheidung zur Ablehnung der Schnickmannbrücke auch nicht zufrieden.

Herr Mahrt (SPD) sieht keine Erleichterung der Querung durch die Schnickmannbrücke. Er vermisst die Diskussion um die Reduzierung des Verkehrsflusses. Herr Adelsberger (Die Linke.Partei) wünscht die Diskussion zur allgemeinen Trennung des Verkehrs auf der L22.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird nach dem zweiten Satz wie folgt ergänzt:

"Die in den BUGA-Überlegungen bereits angedachte Schnickmannbrücke wird als Planungsvariante in den Prüfprozess mit einbezogen.

Die uneingeschränkte Leistungsfähigkeit der L 22 muss gesichert werden. Verbindliche Fachplanungen sollen diese nachweisen."

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP) 4.2

Prüfauftrag Anbindung Stadthafen

Park-and-Ride-Konzept in den ÖPNV integrieren

Herr Dr. Penzlin (Die Linke.Partei) bringt seine Unzufriedenheit zur Stellungnahme der Verwaltung zum Ausdruck. Herr Krause informiert dazu, dass die Verwaltung in der Endabstimmung zum Park-and-Ride-Konzept ist und aufgrund dessen in der Stellungnahme nicht vorareifen wollte.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Park-and-Ride-Programm der Hanse- und Universitätsstadt dahingehend zu erweitern, dass die Nutzung des ÖPNV finanziell mit eingebunden werden kann. Ziel ist es Parkplätze auszuweisen, auf denen die Möglichkeit geschaffen wird, dass die Gebühr für deren Nutzung bereits die Nutzung des ÖPNV in Form eines Tagestickets umfasst. Dabei soll ein Vorschlag unterbreitet werden, wie die Verrechnung zwischen Stadt und Verkehrsverbund Warnow (VVW) und RSAG ermöglicht wird. Die Berichterstattung erfolgt zur Sitzung der Bürgerschaft im März 2021.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 2020/AN/1698-04 (ÄA):

Andrea Krönert (für den Ausschuss für Stadt- und Regionalentwick-

Umwelt und Ordnung) Prüfauftrag Anbindung Stadthafen

Der letzte Satz des Beschlussvorschlags wird wie folgt ersetzt:

Abstimmung:

Dafür:

lung.

4.1.2

4.1.3

Dagegen:

Beschluss:

vorzulegen."

Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Abstimmungsergebnis:

2020	/AN/	1698-	05 ((ÄA)

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag 2020/AN/1698-05 (ÄA):

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	5	
Dagegen:	1	Angenommen
Enthaltungen:	3	Abgelehnt

2020/AN/1759

2020/AN/1698-01 (SN)

Х

Х

2 Angenommen 5 Enthaltungen: 2 Abgelehnt

"Das Prüfergebnis ist der Bürgerschaft spätestens zu ihrer Sitzung im August 2022

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus für 24.02.2021

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2020/AN/1759:

<u>Abstimmung:</u>

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	4	
Dagegen:	4	Angenommen
Enthaltungen:	1	Abgelehnt

4.2.1 Park-and-Ride-Konzept in den ÖPNV integrieren

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.3 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion

2021/AN/1909

2020/AN/1759-01 (SN)

Х

Teilnahme am Förderprogramm "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV"

Herr Wiedmer (GF Verkehrsverbund Warnow) informiert, dass der Förderaufruf zum Förderprogramm durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erst Ende Januar erfolgt ist. Die Erstellung einer guten ausgewogenen Projektskizze wird in Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern (HRO und Landkreis), den Verkehrsunternehmen (rebus und RSAG) und weiteren Institutionen erarbeitet. Der Verkehrsverbund Warnow übernimmt die Koordination.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft fordert den Oberbürgermeister auf, die Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) zu beauftragen, ein Konzept für das Förderprogramm "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vorzubereiten und einzureichen.

Die Bürgerschaft ist über die Umsetzung der RSAG in ihrer April-Sitzung 2021 zu informieren.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2021/AN/1909:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:9Dagegen:0Enthaltungen:0

Angenommen	X
Abgelehnt	

4.3.1 Teilnahme am Förderprogramm "Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV"

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.4 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)

Außengastronomie

Herr Krack (CDU/UFR) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Sie sehen es als Teil der Maßnahmen, die der OB bereits auf den Weg gebracht hat, um die Wirtschaft zu unterstützen.

2021/AN/1909-01 (SN)

2021/AN/1983

Der Erlass der Gebühren wäre ein positives Zeichen seitens der Verwaltung an die Wirtschaft. Auch der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus würde mit der Zustimmung des Antrages ein Zeichen setzen.

Frau Knitter (SPD), Frau Schlage (B90/Die Grünen) und Frau Drenkhahn (AfD) finden eine pauschale Gebührenfreiheit nicht sinnvoll. Es muss denen geholfen werden, die den größten Bedarf haben.

Herr Krause erläutert, dass keine Anträge auf Stundungen eingegangen sind. Weiterhin hat die Verwaltung im letzten Jahr für Außenflächenerweiterungen keine Gebühren erhoben <u>Statistik:</u> Außengastronomie wird u.a. durch Hotels, Bäcker, Restaurants betrieben (1267 davon 150 Außenplätze), 300.000 EUR Gesamteinnahmen für die Stadt.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechend § 11 Punkt 3 der Sondernutzungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, auf die Festsetzung der Gebühren für Sondernutzungen für Außengastronomie und Warenauslagen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gemäß der Sondernutzungssatzung für den Zeitraum vom 01. April 2020 bis 31. Dezember 2020 zu verzichten. Etwaige ergangene Bescheide sind aufzuheben. Bereits geleistete Gebühren sollen verrechnet werden können.

Die Bürgerschaft ist in ihrer April-Sitzung 2021 über die Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2021/AN/1983:

Abstimmung:Abstimmungsergebnis:Dafür:5Dagegen:3Enthaltungen:1

4.5 Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuhof, Jürgenshof)

Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann

Herr Massenthe erläutert, dass er seinen Antrag aufgrund der jetzigen Sachlage zurückziehen wird. Demnach entfällt die Abstimmung zum Antrag und zum Änderungsantrag (2021/AN/1859-02 (ÄA)).

4.5.1 Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (für die Fraktion der SPD) Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann

Aufgrund der Zurücknahme des Antrages (2021/AN/1859) von Herrn Massenthe erübrigt sich die Abstimmung zum Änderungsantrag.

4.5.2 Sofortige Aufnahme der Sanierung des Hafens Schnatermann

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.6 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund)

2021/AN/1859

2021/AN/1859-02 (ÄA)

2021/AN/1859-01 (SN)

2021/AN/2011

Х

Naherholungs- und Tourismusgebiet Schnatermann

Herr Fromm (Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde) erläutert, dass der "Schnatermann" sich im touristischen Naherholungsgebiet der Rostocker Heide befindet, welche eine hohe touristische Bedeutung für Rostock und Umgebung hat. Die Rostocker Heide ist eines der drei großen touristischen Zentren Rostocks und ist in der Tourismuskonzeption als Aktionsraum für den sanften und nachhaltigen Tourismus festgeschrieben. Herr Fromm informiert über die Stellungnahmen seitens des Forstamtes und des Fachbereiches BUGA zum Antrag. Das Forstamt bringt seine Bedenken zum Ausdruck und betont, dass die Naturschutzregeln eingehalten werden müssen. Das Naherholungs- und Tourismusgebiet Schnatermann als BUGA-Außenstandort festzulegen, bedarf einer Grundsatzentscheidung durch die Bürgerschaft.

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

- 1. den Entwurf des Nutzungskonzept(s) Schnatermann fortzuschreiben und der Bürgerschaft die Endfassung zum Beschluss vorzulegen
- 2. die Einbindung des Naherholungs- und Tourismusgebietes Schnatermann in die Durchführung der BUGA Rostock 2025 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2021/AN/2011:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	1
Dagegen:	7
Enthaltungen:	1

Angenommen	
Abgelehnt	X

4.7 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)

2021/AN/1956

ROSTOCK GUTSCHEIN entwickeln

Herr Dr. Schmidt (CDU/UFR) begründet den Antrag seiner Fraktion. Herr Dr. Penzlin (Die Linke.Partei) begrüßt den Vorschlag. Der Antrag ist ein Weg zur Unterstützung und ein Bekenntnis zum Einzelhandel in Rostock.

Maßnahmen, um den Innenstadthandel gegenüber dem Onlinehandel wettbewerbsfähiger zu gestalten, sind nach Meinung von Frau Knitter (SPD) zielgerichteter.

Herr Müller (Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft) informiert, dass die Intention des Antrages begrüßt wird, dafür aber noch Akteure zur Umsetzung gefunden werden müssen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer zu Rostock, dem Einzelhandelsverband, dem Unternehmerverband Rostock und der örtlichen DEHOGA sowie dem Citykreis einen Rostocker Einkaufsgutschein nach dem Modell der Stadt Pirna entwickeln zu lassen. Mit dem Gutschein können Kundinnen und Kunden in teilnehmenden Geschäften, in der Gastronomie, für kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bezahlen.

Zugleich wird der Oberbürgermeister beauftragt, einen entsprechenden Internetauftritt (anlehnend an *www.kauf-in-pirna.de*) sowie eine Öffentlichkeitskampagne zu organisieren.

Die ersten 500 Gutscheinkarten sollen einen 25%igen Rabattbonus beinhalten, sodass der Erwerbende beispielsweise beim Kauf eines Gutscheins in Höhe von 75 Euro einen Einkaufswert von 100 Euro erhält. Für die Konzeptions-, Herstellungs- und Kampagnenkosten sollen möglichst Fördermittel eingeworben werden. Eine finanzielle Beteiligung der Partner ist anzustreben. Die Bürgerschaft ist in ihrer Mai-Sitzung 2021 über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 2021/AN/1956:

<u>Abstimmung:</u>		Abstimmungsergebnis:	
Dafür:	7		
Dagegen:	0	Angenommen x	
Enthaltungen:	2	Abgelehnt	

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bebauungsplan Nr. 15.WA.202 für das Wohngebiet "Ballastweg"

2020/BV/1816

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Herr Maronde (Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft) erläutert anhand des B-Plan-Entwurfes die Planungsziele. Geplant sind ca. 34 Wohneinheiten auf einer Fläche einer ehemaligen Baumschule. Die Gesamtfläche des Plangebietes beträgt ca. 9.945 m². Die geplante Bebauung wurde dem Gestaltungsbeirat vorgestellt. Die Grünstrukturen bleiben erhalten, Dachformen werden festgesetzt, die maximale Gebäudehöhe orientiert sich an der bestehenden Bebauung im Ballastweg. Mietwohnungsbau ist in der vorderen Reihe vorgesehen. Auf Nachfrage wird informiert, dass sozialer Wohnungsbau nicht vorgesehen und auch nicht als Festsetzung im B-Plan möglich ist. Weiterhin informiert Herr Maronde auf Nachfrage, dass Gemeinbedarfseinrichtungen nach Abfrage in den zuständigen Ämtern ausreichend vorhanden sind.

Frau Schlage (B90/Die Grünen) kritisiert, dass nach dem Verfahren § 13b BauGB gesetzlich kein Grünausgleich gefordert werden kann.

Herr Millahn (Architekt Bürogemeinschaft BSD) erläutert die Gesetzesvorgabe § 13b BauGB.

Frau Knitter beantragt Rederecht für Herrn Rademacher und Herrn Wenzel (Bürgerinitiative Ballastweg)

<u>Abstimmungsergebnis zum Rederecht:</u> Einstimmig

Herr Rademacher kritisiert die Massivität der Bebauung auf einer Fläche, die im F-Plan als Teil einer naturbelassenen Grünfläche ausgewiesen ist und welche nach einem beschleunigten Verfahren (§ 13b BauGB) ohne naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen bebaut werden soll. Weiterhin ist er der Meinung, dass kein wirklicher Bedarf nach hochpreisigem Wohnungsbau besteht. Er nimmt Bezug auf die vorgestellten Entwürfe in den beiden Sitzungen des Planungs- und Gestaltungsbeirates, welche in den wichtigsten Punkten nicht gefolgt wurde, so Herr Rademacher. Es folgt eine Gegenrede durch Herrn Müller. Die entsprechenden Empfehlungen des Planungs- und Gestaltungsbeirates wurden eins zu eins umgesetzt.

Frau Knitter (SPD) macht aufmerksam, dass die Politik nicht an die Empfehlungen des Planungs- und Gestaltungsbeirates gebunden ist. Herr Massenthe (OBR Gehlsdorf) möchte, dass die Diskussion mit den vielen Halbwahrheiten und Vorwürfen nach 2 Jahren beendet wird.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

- Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 15.WA.202 für das Wohngebiet "Ballastweg", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) mit den örtlichen Bauvorschriften (Anlage 1) und der Entwurf der Begründung dazu (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt und sind gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Da der Bebauungsplan der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung und der Innenentwicklung dient, kommt das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB zur Anwendung (Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13b BauGB). Eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird nicht durchgeführt.
- 2. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans und dessen Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.
- 3. Von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch den Be-bauungsplan Nr. 15.WA.202 berührt werden kann, sind gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen zum Entwurf einschließlich dessen Begründung einzuholen. Sie sind von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2020/BV/1816:

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	0
Enthaltungen:	2

Abstim	mungser	gebnis:

	Angenommen	Х
	Abgelehnt	

5.2 Bebauungsplan Nr. 01.SO.195 Sondergebiet "Rohrmannsche Koppel", Aufstellungs-, Abwägungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Herr Maronde erläutert anhand des B-Plan-Entwurfes die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von 71 Wohnmobilstellplätzen mit einer eingeschossigen Bebauung für ein Servicegebäude auf dem ehemaligen Parkplatz. Ersatz für die Stellplätze wird auf dem Parkplatz an der Jugendherberge geschaffen. Auf Nachfrage wird informiert, dass die Zufahrt, wie bereits vorhanden, erfolgt. Anhänger werden nicht zugelassen und es wird größere und kleinere Parkplätze für Wohnmobile geben. Es wird ein städtebaulicher Vertrag mit der WIRO GmbH geschlossen.

Beschluss: Beschlussvorschlag:

4. Für das Areal der unbefestigten Stellplatzfläche im Stadtteil Diedrichshagen, die Flurstücke 6/19; 6/20; 6/9 (teilweise) und 15/1 (teilweise) Flur 3, Gemarkung Diedrichshagen umfassend und folgendermaßen begrenzt:

2021/BV/1851

im Norden:	durch Waldflächen und die Wochenendhaussiedlungen
im Osten:	"Habichtshöhe" und "Am Kleinen Sommerweg", durch die Kleingartenanlage "Am Waldessaum II" und die Stellplatz-
ini Osten:	anlage "Habichtshöhe",
im Süden:	durch Ackerfläche südlich der Doberaner Landstraße (Landesstraße
im Westen:	12), durch Grünflächen

soll entsprechend der Abgrenzung des Geltungsbereiches (<u>ANLAGE 1</u>) und gemäß § 2 (1) BauGB der Bebauungsplan Nr. 01.SO.195 Sondergebiet "Rohrmannsche Koppel" aufgestellt werden.

- 5. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekanntzumachen.
- Die Anregungen, Hinweise und Bedenken der Öffentlichkeit sowie der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 01.SO.195 für das Sondergebiet Rohrmannsche Koppel hat die Bürgerschaft mit dem im Abwägungsvorschlag (<u>ANLAGE 2</u>) dargestellten Ergebnis geprüft.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 01.SO.195 Sondergebiet "Rohrmannsche Koppel" (<u>ANLAGE 3</u>) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (<u>ANLAGE 4</u>) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB bestimmt.
- 8. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan und dessen Begründung mit Umweltbericht sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, ist gemäß § 3 (2) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
- 9. Von den Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch den Bebauungsplan Nr. 01.SO.195 Sondergebiet "Rohrmannsche Koppel" berührt werden kann, sind gemäß § 4 (2) BauGB die Stellungnahmen zum Entwurf einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht einzuholen. Sie sind von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.
- 10. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und die Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB erfolgt erst <u>nach</u> Abschluss der zurzeit in Abstimmung befindlichen Städtebaulichen Verträge gemäß § 11 Bau GB.
- 11.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2021/BV/1851:

<u>Abstimmung:</u>

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	Х
Abgelehnt	

5.3 Provisorium zur Aufrechterhaltung der Fahrgastschifffahrt am Hafen "Schnatermann"

Herr Abend (Hafen- und Seemannsamt) informiert, dass der Seglerhafen 47 Jahre alt ist (Lebensdauer hafenbaulicher Anlagen betragen ca. 50 Jahre) und in den letzten Jahren immer wieder Reparaturen oder Erneuerungen von Bauteilen getätigt wurden. Erstmalig wurde in 2017 ein Neubau in die mittelfristige Finanzplanung für 2020/2021 mit aufgenommen.

2021/BV/1994

Aufgrund der Haushaltskonsolidierung in 2019 wurde der Neubau vorerst in die HH-Jahre 2023/24 verschoben. Als kurzfristige Handlungsmaßnahme wird nun ein Provisorium (siehe Info-Vorlage Variante Provisorium 2) vorgeschlagen. Eine Fertigstellung des Provisoriums hält Herr Abend in diesem Jahr für möglich.

Beschluss: Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung von Planungs- und Bauleistungen für die Errichtung eines provisorischen öffentlichen Fahrgastschiff-Anlegers inklusive einiger Gastliegeplätze am Standort "Schnatermann".

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage 2021/BV/1994:

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

9
0
0

Angenommen	X
Abgelehnt	

6 Informationsvorlagen

6.1 Sperrung - Hafen Naherholungsgebiet Schnatermann

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Verbesserung der ÖPNV-Anbindung an den Seehafen Rostock

Herr Krause informiert, dass zum jetzigen Zeitpunkt das zu erwartende Fahrgastpotenzial nicht ausreichend ist, um eine Schienenanbindung zu rechtfertigen. Vorgesehen sind Attraktivitätsverbesserungen der vorhandenen Angebote mit Verknüpfungen von Alternativangeboten. Frau Knitter (SPD) kritisiert die nicht erfolgte Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Untersuchung der besseren Anbindung des Seehafens. Bei der Untersuchung einer S-Bahn-Verbindung muss die Kostentragung durch das Land und eine Verbesserung gegenüber dem Zustand vor 2012 berücksichtigt werden

6.3 Schaffung einer koordinierenden Struktur für die Regiopolregion Rostock – Sachstand zum Beschluss Nr. 2019/AN/0441

2021/IV/1910

2020/IV/1797

2021/IV/1852

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Verschiedenes

Herr Adelsberger (Die Linke.Partei) hinterfragt den Prozess zum Verfahren mit den Gewerbeparkkarten. Herr Krause informiert, dass er im März den Diskussionsprozess mit den notwendigen Kammern und Verbänden aufnimmt. Vorgesehen ist die digitale Beantragung der Bewohnerparkscheine ab April und für Gewerbetreibende ab Juni. Frau Knitter (SPD) kritisiert, dass es bis jetzt keine Reaktion auf den Bürgerschaftsbeschluss durch die Verwaltung gegeben hat und bittet dringend um Klärung der Angelegenheit in gleicher Konstellation, wie in der Vergangenheit.

7.1 Informationen zu einer möglichen Testöffnung

Herr Madsen informiert die Mitglieder über einen möglichen Weg mit Corona. Rostock soll Testreaion "Rostock Pilot" werden. Er möchte den Regelbetrieb für alle Schulklassen. Es ist vorgesehen, dass die Rostocker Schüler eigenverantwortlich und kostenlos zweimal wöchentlich zu Hause Testungen vornehmen. Die Stadt Rostock und die CENTOGENE GmbH planen hier eine Kooperationsvereinbarung. Die Testungen sollen anfangs für die Abschlussklassen zur Verfügung stehen. Die Wissenschaftler begleiten die Tests. Es soll nicht nur nach dem Inzidenz-Wert geschaut, sondern weitere Indikatoren genutzt werden, wie z. B. Bettenbelegung in Kliniken, Alterszusammensetzung von Infizierten für die Einführung eines Ampelsystems. Weiterhin soll ein Stufenmodell zur Öffnung anderer Bereiche, wie Handel, Kultur, Sport, eingeführt werden. Hierzu schlägt er die Nutzung der "Luca"-App vor. Die Daten der Nutzer bleiben anonym, nur das Gesundheitsamt und der Nutzer selbst bekommt eine Info. Die Nachverfolgung erfolgt somit zielgerichtet und schnell. Auf Nachfrage zum Stand von Impfungen erklärt Herr Madsen, dass deutlich mehr Menschen geimpft werden könnten, es aber an Impfstoff fehlt. Zurzeit können Impfboxen durch Hausärzte gemietet werden. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Ziel muss es sein, die Impfungen über die Hausärzte anzubieten.

Die Mitglieder des Ausschusses bitten den OB in dieser Angelegenheit um einen engen Informationsaustausch.

7.2 Herbeiführung eines Mehrheitsbeschlusses zur Durchführung künftiger Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus während der SARS-CoV-2-Pandemie analog des Beschlusses der Bürgerschaft Nr. 2021/DA/1873 vom 20.01.2021

7.2.1 Hybridsitzung

7.2.2 Präsenzsitzung

Es wird sich einstimmig für eine Präsenzsitzung entschieden.

7.2.3 Videokonferenz

8 Schließen der Sitzung

Ende der Sitzung um 20.00 Uhr Nichtöffentlicher Teil